Beck`sche Kommentare zum Arbeitsrecht 24

Arbeitnehmer-Entsendegesetz: AEntG MiArbG

Kommentar

von

Wolfgang Koberski, Gregor Asshoff, Holger Winkler, Gabriele Eustrup, Oliver Schumacher, Dr. Johannes Heuschmid

3., neubearbeitete Auflage

Arbeitnehmer-Entsendegesetz: AEntG MiArbG – Koberski / Asshoff / Winkler / et al.

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Arbeitsvertrag, Arbeitsentgelt

Verlag C.H. Beck München 2011

Verlag C.H. Beck im Internet:
www.beck.de
ISBN 978 3 406 60437 9

beck-shop.de

BECK'SCHE KOMMENTARE ZUM ARBEITSRECHT

HERAUSGEGEBEN VON GÖTZ HUECK UND DIRK NEUMANN

BAND XXIV

beck-shop.de

beck-shop.de

Arbeitnehmer-Entsendegesetz
Mindestarbeitsbedingungengesetz

KOMMENTAR

von

Wolfgang Koberski
Ministerialdirektor a. D. Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Vorstandsmitglied bei den Sozialkassen der Bauwirtschaft

Gregor Asshoff
Rechtsanwalt und Justitiar
der Industriegewerkschaft Bauen – Agrar – Umwelt

Holger Winkler, LL.M.
Ministerialrat im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Gabriele Eustrup
Regierungsdirektorin im Bundesministerium der Finanzen

unter Mitarbeit von

Dr. Johannes Heuschmid und Oliver Schumacher
beide Sozialkassen der Bauwirtschaft

3., neubearbeitete Auflage

Verlag C. H. Beck München 2011

beck-shop.de

Verlag C. H. Beck im Internet:
beck.de

ISBN 978 3 406 60437 9

© 2011 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80 801 München

Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
Adresse wie Verlag

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

Vorwort zur 3. Auflage

Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz ist am 1. März 1996 in Kraft getreten. In einer sich ständig verändernden Arbeitswelt (Stichworte sind: Europäisierung, Globalisierung, Dienstleistungsfreiheit etc.) musste es sich bewähren. Das ist nur teilweise gelungen. Die vielfältigen Änderungen des Gesetzes sind ein Beleg dafür. Sie haben aber weder die Lesbarkeit noch die Anwenderfreundlichkeit gefördert.

Nach wie vor ist die Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union nicht gelungen. Sozialdumping auf der einen, weiter sinkende Tarifbindung auf der anderen Seite haben den Gesetzgeber gezwungen, eine grundlegende Überarbeitung des AEntG und im Sinne „Kommunizierender Röhren“ des bisher nie angewandten MiArbG aus dem Jahr 1952 vorzulegen. Das Gesetz ist mit Wirkung vom 24. 4. 2009 in Kraft getreten.

Erneut ein politischer Kompromiss. Auch wenn jetzt sicherlich die Handhabbarkeit verbessert wurde, bleibt abzuwarten, ob die beiden Gesetze die hochgesteckten Erwartungen erfüllen. Wünschenswert wäre es gewesen, ein neues einheitliches Mindestlohngesetz vorzulegen.

Wir wünschen uns einen regen Dialog mit den Benutzern unseres Kommentars, für den wir als weitere Mitkommentatoren Frau Regierungsdirektorin Gabriele Eustrup (BMF) und Herrn Ministerialrat Holger Winkler, LL.M. (einen der Mitverfasser des neuen Gesetzes) gewinnen konnten. Für die Unterstützung bei der Überarbeitung des Kommentars danken wir den Herren Dr. Johannes Heuschmid und Oliver Schumacher. Peter Roggendorff ist aus dem Autorenteam ausgeschieden. Rechtsprechung und Literatur sind bis zum 30. 5. 2011 berücksichtigt.

Berlin/Bonn/Wiesbaden/Frankfurt *Die Verfasser*

beck-shop.de

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort V
Abkürzungsverzeichnis XIX
Literaturverzeichnis XXIII

1. Teil.Gesetzestexte

1. Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz – AEntG) 1
2. Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen (Mindestarbeitsbedingungengesetz – MiArbG) 13

2. Teil. Kommentar zum Arbeitnehmer-Entsendegesetz

Einleitung

I. Allgemeines 22
II. Die Gründe für eine gesetzliche Regelung 22
III. Das Entsendegesetz als nationale Lösung 25
IV. Schutzziele, Schutzzwecke 26
V. Die Entsende-Richtlinie der EU 27
VI. Handlungsalternativen 28
1. Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen 28
2. Lohndumping-Gesetz 28
3. Ortsüblicher Lohn 29
4. Weitere Gesetzentwürfe 30
VII. Die Änderungsgesetze zum Arbeitnehmer-Entsendegesetz 30
1. Das Arbeitsförderungsreformgesetz 30
2. Das Erste SGB III-Änderungsgesetz 31
a) Erstreckung des AEntG auf Verleiher 31
b) Arbeitszeitnachweise 31
c) Bereithalten von Unterlagen 31
d) Ergänzung der Meldepflicht 31
e) Ergänzungen der Ordnungswidrigkeiten-Vorschrift 31
f) Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge 32
g) Gerichtsstandsklausel 32
3. Das Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte 32
a) Wegfall der Beschränkung auf die unterste Lohngruppe 32
b) Klarstellung der Geltung des AEntG auch für inländische Arbeitgeber 32
c) Einbeziehung der MOE-Werkvertragsarbeitnehmer in das Urlaubskassenverfahren 32
d) Rechtsverordnungsermächtigung 32
e) Ausnahmemöglichkeit nach § 1 Abs. 5 AEntG nur noch für das Urlaubskassenverfahren 33
f) Generalunternehmerhaftung 33
g) Ergänzung der Meldepflicht 33
h) Erhöhung des Bußgeldrahmens 33
i) Erweiterung der Gerichtsstandsklausel 33
j) Wegfall der Befristung 33
4. Weitere Gesetzesänderungen in der 14. Legislaturperiode 33
5. Gesetzesänderungen in der 15. Legislaturperiode 34

beck-shop.de

Inhalt

VIII. Die Änderungsgesetze zum Arbeitnehmer-Entsendegesetz ab der 16. Legislaturperiode ... 34
1. Vereinbarung im Koalitionsvertrag von 2005 ... 34
2. Verstärkte Diskussion über das Thema Mindestlöhne innerhalb der Bundesregierung ... 35
3. Entwicklungen auf europäischer Ebene ... 35
a) Erweiterungen der Europäischen Union ... 35
b) Die Dienstleistungsrichtlinie ... 37
c) Aktivitäten der Europäischen Kommission ... 40
4. Entwicklungen auf nationaler Ebene ... 41
a) Nachlassende Tarifbindung ... 41
b) Niedriglöhne ... 41
5. Gesetzgeberische Aktivitäten in der 16. Legislaturperiode ... 42
a) Ausdehnung des AEntG auf das Gebäudereinigerhandwerk ... 42
b) Pläne für umfangreiche Reformen des AEntG und des MiArbG ... 43
c) Erweiterung des AEntG um die Branche Briefdienstleistungen ... 45
d) Mittelstandsentlastungsgesetz II ... 48
6. Grundlegende Änderungen des AEntG und des MiArbG ... 48
a) Gesetzentwürfe der Bundesregierung ... 48
Arbeitnehmer-Entsendegesetz ... 49
Struktur und Bezeichnung des Gesetzes ... 49
Formulierung von Gesetzeszielen ... 49
Auflösung von Konkurrenzsituationen ... 49
Branchenerweiterung und 50%-ige Tarifbindung ... 49
Befassung des Tarifausschusses ... 50
Verdrängung anderer Tarifverträge ... 50
Differenzierungsmöglichkeiten ... 50
Erfordernis bundesweiter Tarifvertragsstrukturen und Arbeitsortsprinzip ... 50
Sicherung des Anspruchs auf Zahlung des Mindestlohns ... 50
Mindestarbeitsbedingungengesetz ... 51
Festsetzung von Mindestarbeitsentgelten ... 51
Soziale Verwerfungen und Tarifbindung unter 50% ... 51
Hauptausschuss ... 51
Vorschläge an den Hauptausschuss ... 51
Fachausschüsse ... 51
Differenzierungsmöglichkeiten ... 51
Arbeitsortsprinzip ... 51
Verdrängung niedrigerer tariflicher Entgelte (Übergangsregelung) ... 52
Sicherung des Anspruchs auf Zahlung des Mindestlohns ... 52
b) Parlamentarische Beratungen ... 52
Arbeitnehmer-Entsendegesetz ... 53
Mindestarbeitsbedingungengesetz ... 54
7. Entwicklungen in der 17. Legislaturperiode ... 55
8. Ausblick: Künftige Entwicklungen auf EU-Ebene ... 57
IX Rechtsverordnungen über zwingende Arbeitsbedingungen ... 57
1. Rechtsverordnung von 1999 für das Baugewerbe ... 57
2. Weitere Rechtsverordnungen für das Baugewerbe ... 59
3. Mindestlohnregelungen anderer Branchen ... 59
a) Rechtsverordnungen ... 59
b) Allgemeinverbindlicherklärungen ... 61
c) Sonstiges ... 61
X. Weitere Regelungen über Mindestarbeitsbedingungen ... 61

beck-shop.de

Inhalt

Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz – AEntG)

Abschnitt 1. Zielsetzung

§ 1 Zielsetzung 63
A. Allgemeines 63
B. Zweckbestimmung 65
1. Schaffung und Durchsetzung angemessener Arbeitsbedingungen 65
2. Gewährleistung fairer und funktionierender Wettbewerbsbedingungen 66
3. Erhalt sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung 69
4. Sicherung der Tarifautonomie 69

Abschnitt 2. Allgemeine Arbeitsbedingungen

§ 2 Allgemeine Arbeitsbedingungen 70
A. Allgemeines 70
B. Zwingend einzuhaltende Arbeitsbedingungen in Rechts- und Verwaltungsvorschriften 71
C. Durchsetzung 72
D. Einzelvorschriften 73
E. Soziale Sicherung 75

Abschnitt 3. Tarifvertragliche Arbeitsbedingungen

§ 3 Tarifvertragliche Arbeitsbedinungen 76
A. Allgemeines 77
I. Europarechtliche Vorgaben 77
II. Normzweck und Systematik im AEntG 78
B. Die einzelnen Tatbestandsmerkmale des § 3 78
I. Tarifvertrag 78
II. Bundesweiter Tarifvertrag 79
1. Grundsatz in § 3 Satz 1 79
2. Ausnahme in § 3 Satz 2 80
III. Allgemeinverbindlicher Tarifvertrag 81
1. Rechtsgrundlage der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) 81
2. Rechtsnatur und Verfassungsmäßigkeit der AVE 82
3. Voraussetzungen der AVE 83
a) 50-Prozent-Klausel 84
b) Öffentliches Interesse 85
4. Verfahrensweg 87
5. Beendigung der AVE 88
6. Statistische Angaben 89
C. Rechtsfolge 90
I. Zwingende Wirkung im Sinne des Internationalen Privatrechts 90
II. Verhältnis zur Rechtswahl von Entsendeunternehmen und ihren Arbeitnehmern 91

§ 4 Einbezogene Branchen 92
A. Einführung 92
B. Einbezogene Branchen 93
1. Baugewerbe 93
2. Gebäudereinigung 95
3. Briefdienstleistungen 97
4. Sicherheitsdienstleistungen 97
5. Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken 97
6. Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft 98
7. Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst 98
8. Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch 99

§ 5 Arbeitsbedingungen 99
A. Einführung 99

beck-shop.de

Inhalt

B. Mindestentgeltsätze einschließlich Überstundensätze (§ 5 Nr. 1) ... 100
1. Mindestentgeltsätze ... 100
2. Überstundensätze ... 106
C. Dauer des Erholungsurlaubs, Urlaubsentgelt, zusätzliches Urlaubsgeld (Nr. 2) ... 108
D. Urlaubskasse (Nr. 3) ... 109
1. Allgemeines zu Gemeinsamen Einrichtungen ... 109
2. Gemeinsame Einrichtungen im Baugewerbe (Sozialkassen) ... 110
3. Materiellrechtliche Pflicht zur Beitragszahlung an die Urlaubskasse ... 113
4. Die Regelungen des Urlaubskassenverfahrens ... 114
a) Rechtsverhältnis Arbeitgeber – ULAK ... 114
b) Rechtsverhältnis Arbeitnehmer – Arbeitgeber ... 117
c) Rechtsverhältnis Arbeitnehmer – ULAK ... 117
5. Vermeidung doppelter Belastungen ... 118
a) Allgemeines ... 118
b) Freistellungsabkommen ... 120
c) Bauspezifische Sozialkassen in anderen Staaten ... 121
aa) Frankreich ... 123
bb) Österreich ... 122
cc) Belgien ... 122
dd) Niederlande ... 123
ee) Italien ... 124
ff) Dänemark ... 124
E. Anrechnung ... 124
F. Arbeitsbedingungen im Sinne von § 2 Nr. 3 bis 7 ... 125

§ 6 Besondere Bestimmungen ... 125
A. Allgemeines ... 126
B. Ausnahmeregelungen für Erstmontagearbeiten und Einbauarbeiten (§ 6 Abs. 1) ... 126
C. Überwiegensprinzip in den einzelnen Branchen § 6 Abs. 2 bis 9 ... 126
I. Das Überwiegensprinzip in den einzelnen Branchen ... 127
1. Baugewerbe (§ 6 Abs. 2) ... 127
2. Betrieb oder selbständige Betriebsabteilung iSd fachlichen Geltungsbereichs des Tarifvertrags ... 127
3. Überwiegende Erbringung von Bauleistungen gem. § 175 Abs. 2 SGB III ... 128
4. Nach dem AEntG erstreckte Tarifverträge des Baugewerbes ... 130
a) Tarifverträge des Bauhauptgewerbes ... 130
b) Tarifverträge des Baunebengewerbes ... 131
II. Gebäudereinigerdienstleistungen (§ 6 Abs. 3) ... 131
III. Briefdienstleistungen (§ 6 Abs. 4) ... 132
IV. Sicherheitsdienstleistungen (§ 6 Abs. 5) ... 132
V. Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken (§ 6 Abs. 6) ... 132
VI. Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft (§ 6 Abs. 7) ... 133
VII. Abfallwirtschaft (§ 6 Abs. 8) ... 133
VIII. Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen (§ 6 Abs. 9) ... 133

§ 7 Rechtsverordnung ... 134
A. Allgemeines ... 135
I. Regelungszweck und Entstehungsgeschichte ... 135
B. Rechtsverordnungsermächtigung ... 135
I. Entstehungsgeschichte ... 135
II. Kritik an der Verordnungsermächtigung ... 137
III. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ... 137
C. Das Rechtsverordnungsverfahren ... 138
I. Voraussetzungen ... 138
1. Öffentliches Interesse ... 139
2. 50%-Klausel ... 141
II. Konkurrierende Tarifverträge (§ 7 Abs. 2) ... 142
III. Konkurrierende Erstreckungsanträge (§ 7 Abs. 3) ... 145

beck-shop.de

IV. Gelegenheit zur Stellungnahme (§ 7 Abs. 4) ... 145
V. Befassung des Tarifausschusses (§ 7 Abs. 5) ... 145

§ 8 Pflichten des Arbeitgebers zur Gewährung von Arbeitsbedingungen ... 146
A. Allgemeines ... 146
B. Die Regelungen im Einzelnen ... 147
I. Die Grundpflichten des Arbeitgebers (§ 8 Abs. 1) ... 147
1. Gewährung der tarifvertraglichen Arbeitsbedingungen nach § 3 ... 147
2. Arbeitsortsprinzip (§ 8 Abs. 1 Satz 1) ... 147
II. Verdrängung konkurrierender Tarifverträge (§ 8 Abs. 2) ... 147
III. Erstreckung auf Verleiher (§ 8 Abs. 3) ... 148
1. Anwendung der Mindestarbeitsbedingungen ... 148
2. Anwendung weiterer Vorschriften ... 149

§ 9 Verzicht, Verwirkung ... 150
A. Allgemeines ... 151
B. Anwendungsbereich ... 151
C. Verzicht (§ 9 Satz 1) ... 151
D. Verwirkung (§ 9 Satz 2) ... 151
E. Ausschlussfristen (§ 9 Satz 3) ... 152
1. Zulässige Ausschlussfristen ... 152
2. Begriff ... 152
3. Art der Geltendmachung ... 153
4. Länge der Ausschlussfrist ... 153
5. Beginn der Ausschlussfrist ... 153
6. Rechtswirkung ... 153

Abschnitt 4. Arbeitsbedingungen in der Pflegebranche

§ 10 Anwendungsbereich ... 154
A. Allgemeines ... 154
B. Regelungsziel ... 154
C. Anwendungsbereich ... 154
1. Pflegebetriebe ... 154
2. Betriebe, selbständige Betriebsabteilungen ... 155
3. Überwiegens-Prinzip ... 155
4. Pflegebedürftigkeit ... 155
5. Pflegeleistungen ... 155
D. Ausgenommene Pflegeeinrichtungen (§ 10 Satz 4) ... 156

§ 11 Rechtsverordnung ... 156
A. Rechtsverordnungsermächtigung (§ 11 Abs. 1) ... 157
B. Entscheidung des BMAS (§ 11 Abs. 2) ... 157
C. Anhörungsrechte (§ 11 Abs. 3) ... 158

§ 12 Kommission ... 158
A. Errichtung der Kommission (§ 12 Abs. 1) ... 159
B. Zusammensetzung der Kommission (§ 12 Abs. 2) ... 159
C. Vorsitz der Kommission (§ 12 Abs. 3) ... 160
D. Aufgabe der Kommission (§ 12 Abs. 4) ... 160
E. Beschlussfähigkeit (§ 12 Abs. 5) ... 160
F. Amtsdauer (§ 12 Abs. 6) ... 161

§ 13 Rechtsfolgen ... 161
A. Allgemeines ... 161
B. Gleichstellungswirkung ... 161
C. Haftung des Auftraggebers ... 161

beck-shop.de

Abschnitt 5. Zivilrechtliche Durchsetzung

§ 14 Haftung des Auftraggebers ... 162
A. Allgemeines ... 162
I. Regelungszweck, Entstehungsgeschichte ... 162
II. Verfassungsmäßigkeit ... 164
III. Vereinbarkeit mit dem Europarecht ... 165
B. Anwendungsbereich ... 166
I. Unternehmer ... 166
II. Werk- und Dienstleistungen; keine Beschränkung auf die Baubranche mehr ... 167
C. Gegenstand und Ausmaß der Haftung ... 168
I. Haftungsgegenstand ... 168
1. Mindestentgelt ... 168
2. Urlaubskassenbeitrag ... 168
3. Entgeltfortzahlungsansprüche ... 169
II. Ausmaß der Haftung ... 169
D. Art der Haftung ... 170
E. Anspruchsinhaber ... 170
F. Prozessuale Fragen ... 171
I. Gerichtliche Zuständigkeit ... 171
II. Einwände gegen die Inanspruchnahme aus Bürgenhaftung ... 172
G. Möglichkeiten des Unternehmers zur Einschränkung des Haftungsrisikos ... 173
I. Ausschluss und Verzicht ... 173
II. Freistellungsvereinbarung ... 173
III. Sicherheiten ... 174
IV. Kontrollregelungen ... 174
H. Ähnliche Instrumente außerhalb des Arbeitsrechts ... 175
I. Steuerabzug durch den Unternehmer bei Bauleistungen ... 175
II. Sozialversicherungsrechtliche Unternehmerhaftung ... 175

§ 15 Gerichtsstand ... 176
A. Allgemeines (Entstehungsgeschichte) ... 177
B. Durchsetzung von Ansprüchen gegenüber inländischen Arbeitgebern ... 178
C. Durchsetzung von Ansprüchen gegenüber ausländischen Arbeitgebern ... 178
D. Durchsetzung von Ansprüchen der Gemeinsamen Einrichtungen ... 180

Abschnitt 6. Kontrolle und Durchsetzung durch staatliche Behörden

§ 16 Zuständigkeit ... 180
A. Allgemeines ... 180
B. Kontrollorgane ... 181

§ 17 Befugnisse der Behörden der Zollverwaltung und anderer Behörden ... 182
A. Allgemeines ... 182
B. Umfang der Prüfung ... 182
C. Prüfungen nach § 2 SchwarzArbG ... 183
D. Zusammenarbeitsbehörden nach § 2 SchwarzArbG ... 185
E. Betretungsrecht ... 185
F. Arbeitszeit/Geschäftszeit ... 186
G. Auskunfts-, Duldungs-, Mitwirkungspflichten ... 186
H. Ermittlungsbefugnis ... 188
I. Einsichtsrechte ... 188
J. Internationale Zusammenarbeit ... 189

§ 18 Meldepflicht ... 189
A. Allgemeines ... 190
B. Meldepflichten ... 192
I. Form und Inhalt der Meldung ... 192

beck-shop.de

II. Zeitpunkt der Meldung ... 194
III. Adressat der Meldung ... 195
C. Meldeverfahren ... 195
D. Versicherung des Arbeitgebers ... 196

§ 19 Erstellen und Bereithalten von Dokumenten ... 197
A. Allgemeines ... 197
B. Aufzeichnungspflichten ... 197
C. Bereithaltung der Unterlagen im Inland ... 198

§ 20 Zusammenarbeit der in- und ausländischen Behörden ... 199
A. Allgemeines ...
B. Unterrichtung der Finanzämter ... 199
C. Zusammenarbeit mit Mitgliedstaaten des EWR ... 200
D. Eintragung in das Gewerbezentralregister ... 200
E. Übermittlung von Erkenntnissen ... 200

§ 21 Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge ... 200
A. Allgemeines ... 201
B. Öffentliche Auftraggeber ... 202
C. Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag ... 203
D. Ausschluss ... 204
1. Voraussetzungen ... 204
2. Gegenstand und Inhalt des Ausschlusses ... 205
a) Angemessene Zeit ... 205
b) Wiederherstellung der Zuverlässigkeit, Nachweis ... 206
3. Ausschluss vor Durchführung eines Bußgeldverfahrens (Abs. 1 Satz 2) ... 207
4. Auskunftserteilung (Abs. 2) ... 208
5. Auskunftsanforderung und weiteres Verfahren (Abs. 3 und 4) ... 209
6. Anhörungsrechte (Abs. 5) ... 210
7. Tariftreueerklärungen ... 210

§ 22 Zustellung ... 211
A. Allgemeines ... 211
B. Fiktion des Geschäftsraums ... 212
C. Zustellungsempfänger ... 213
D. Verfahren ... 213

§ 23 Bußgeldvorschriften ... 214
A. Allgemeines ... 215
B. Ordnungswidrigkeitentatbestände ... 216
1. Tatbestand ... 216
a) § 23 Abs. 1 Nr. 1 ... 216
b) § 23 Abs. 1 Nr. 2 ... 217
c) § 23 Abs. 1 Nr. 3 ... 217
d) § 23 Abs. 1 Nr. 4 ... 217
e) § 23 Abs. 1 Nr. 5 ... 217
f) § 23 Abs. 1 Nr. 6 ... 218
g) § 23 Abs. 1 Nr. 7 ... 218
h) § 23 Abs. 1 Nr. 8 ... 218
i) § 23 Abs. 1 Nr. 9 ... 218
j) § 23 Abs. 2 ... 218
2. Rechtswidrigkeit ... 219
3. Verschulden ... 219
4. Täter ... 221
5. Versuch ... 221
6. Verjährung ... 222
7. Umgehungsformen ... 222

beck-shop.de

Inhalt

C. Höhe der Sanktionen ... 222
1. Geldbuße ... 222
2. Bemessung der Geldbuße ... 222
D. Bußgeldverfahren ... 223
1. Verfolgung ... 223
2. Rechtsmittel ... 223
3. Zufluss der Geldbuße ... 223
E. Vollstreckung von Bußgeldbescheiden ... 224
1. Sicherheitsleistung gem. § 132 StPO i. V. m. § 46 Abs. 1 OWiG ... 224
a) Voraussetzungen und Inhalt ... 224
b) Sicherheitsleistung ... 225
c) Zustellungsbevollmächtigter ... 225
d) Anordnungsbefugnis ... 225
e) Beschlagnahme ... 225
f) Rechtsbehelf ... 225
2. Dinglicher Arrest gem. § 111 d StPO i. V. m. § 46 OWiG ... 225
a) Voraussetzungen ... 226
b) Inhalt ... 226
c) Anordnungsbefugnis ... 226
d) Verfahren ... 226
e) Rechtsbehelfe ... 227

Abschnitt 7. Schlussvorschriften

§ 24 Evaluation ... 227
A. Allgemeines ... 227
B. Evaluation als neues Instrument in der Gesetzgebung ... 229
C. Evaluation als Instrument der Gesetzesfolgenabschätzung ... 229
D. Durchführung der Evaluation ... 230
1. Stelle, die die Evaluation durchzuführen hat ... 230
2. Gegenstand der Evaluation ... 231
3. Maßstab für die Evaluation ... 232
4. Folgen einer durchgeführten Evaluation ... 231

§ 25 Inkrafttreten, Außerkrafttreten ... 234

3. Teil. Kommentar zum Mindestarbeitsbedingungengesetz

Einleitung

I. Entstehungsgeschichte ... 235
II. Überblick über die wesentlichen Änderungen im Jahr 2009 ... 236
1. Gesamtüberblick ... 236
a) Festsetzung von Mindestarbeitsentgelten ... 236
b) Tarifbindung unter 50% ... 236
c) Soziale Verwerfungen als Voraussetzung der Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen ... 237
d) Ausgestaltung des Hauptausschusses ... 237
e) Zwingende Wirkung der Mindestarbeitsentgelte ... 237
f) Kontrolle nach dem MiArbG festgesetzter Mindestarbeitsentgelte ... 237
2. Insbesondere: Materielle Voraussetzungen für die Schaffung von Mindestarbeitsentgelten ... 237
III. Überblick über das Verfahren zur Festsetzung von Mindestarbeitsentgelten ... 239
IV. Verhältnis zum AEntG ... 239

beck-shop.de

Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen (Mindestarbeitsbedingungengesetz – MiArbG)

Erster Abschnitt. Festsetzung von Mindestarbeitsentgelten

§ 1 Festsetzung von Mindestarbeitsentgelten ... 241
A. Grundsatz der Regelung von Entgelten und sonstiger Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag (Abs. 1) ... 241
B. Begriff des Wirtschaftszweigs und Tarifbindung unter 50% (Abs. 2) ... 242
1. Mindestarbeitsentgelte ... 243
2. Begriff des Wirtschaftszweigs ... 243
3. Tarifbindung unter 50% ... 244
C. Vorrang des Heimarbeitsgesetzes (HAG) (Abs. 3) ... 246
1. Hintergrund der Regelung ... 246
2. Überblick über das Verfahren zur Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen für in Heimarbeit Beschäftigte nach dem HAG ... 246
a) Geltungsbereich des Heimarbeitsgesetzes ... 246
b) Errichtung von Heimarbeitsausschüssen ... 247
c) Besetzung der Heimarbeitsausschüsse ... 247
d) Aufgabe der Heimarbeitsausschüsse ... 247
e) Verfahren der Heimarbeitsausschüsse ... 248

§ 2 Hauptausschuss ... 248
A. Allgemeines ... 249
B. Einzelregelungen in § 2 MiArbG ... 249
I. Errichtung des Hauptausschusses (Abs. 1) ... 249
II. Zusammensetzung des Hauptausschusses; Anforderungen an seine Mitglieder (Abs. 2) ... 250
III. Berufung der Mitglieder des Hauptausschusses; Vorschlagsrechte (Abs. 3) ... 250
IV. Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses; Geschäftsordnung (Abs. 4) ... 252
V. Ehrenamtliche Tätigkeit; Weisungsfreiheit der Mitglieder des Ausschusses (Abs. 5) ... 253

§ 3 Aufgabe des Hauptausschusses ... 254
A. Die Stellung des Hauptausschusses im Verfahren zur Schaffung von Mindestarbeitsentgelten ... 254
B. Beschlüsse des Hauptausschusses (§ 3 Abs. 1) ... 254
I. Begriff der sozialen Verwerfungen ... 255
1. Begriffsbestimmung ... 255
2. Verhältnis zu § 5 Abs. 1 Satz 2 TVG ... 256
II. Verhältnis zwischen sozialen Verwerfungen und der Festsetzung, Änderung oder Aufhebung von Mindestarbeitsbedingungen ... 256
1. Festsetzung von Mindestarbeitsentgelten ... 257
2. Änderung von Mindestarbeitsentgelten ... 257
3. Aufhebung von Mindestarbeitsentgelten ... 257
III. Umfassende Berücksichtigung der sozialen und ökonomischen Auswirkungen ... 257
IV. Pflicht zur schriftlichen Begründung; Zustimmung des BMAS ... 257
C. Vorschlagsrechte ... 258

§ 4 Fachausschüsse; Rechtsverordnung ... 259
A. Allgemeines ... 259
B. Errichtung von Fachausschüssen (§ 4 Abs. 1) ... 260
C. Festsetzung der Mindestarbeitsentgelte (§ 4 Abs. 2) ... 260
D. Rechtsverordnung (§ 4 Abs. 3) ... 260
E. Festlegung von Mindestarbeitsentgelten (§ 4 Abs. 4) ... 261

beck-shop.de

Inhalt

§ 5 Zusammensetzung der Fachausschüsse ... 262
A. Allgemeines ... 263
B. Zusammensetzung des Fachausschusses (Abs. 1 Satz 1 und 2) ... 263
I. Vorsitzender ... 263
II. Beisitzer ... 263
III. Weitere sachverständige Personen ... 264
C. Geschäftsordnung (Abs. 1 Satz 3 i. V. m. § 2 Abs. 4 Satz 2) ... 264
D. Beschlussfähigkeit (Abs. 1 Satz 3) ... 264
E. Beschlussfassung (Abs. 2) ... 264
I. Einfache Stimmenmehrheit ... 265
II. Ausübung der Stimme durch den Vorsitzenden ... 265

§ 6 Beisitzer der Fachausschüsse ... 265
A. Allgemeines ... 266
B. Auswahl und Berufung (Abs. 1) ... 266
I. Vorschlagsberechtigung ... 266
II. Eignung ... 266
III. Berufung ... 267
IV. Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern ... 267
C. Gleichstellung mit den ehrenamtlichen Richtern der Arbeitsgerichte (Abs. 2) ... 268
I. Voraussetzungen der Berufung ... 268
1. Persönliche Voraussetzungen ... 268
2. Besonderheiten für Beisitzer aus Kreisen der Arbeitgeber ... 268
3. Besonderheiten für Beisitzer aus Kreisen der Arbeitnehmer ... 269
II. Ablehnung des Beisitzeramtes ... 269
III. Schutz der Beisitzer aus Kreisen der Arbeitnehmer ... 270
1. Beschränkungs- und Benachteiligungsverbot ... 270
2. Straf- und zivilrechtliche Folgen ... 271
D. Amtsenthebung (Abs. 3) ... 271
I. Fehlen oder Wegfall einer Berufungsvoraussetzung ... 271
II. Grobe Amtspflichtverletzung ... 272
E. Ehrenamt, Weisungsfreiheit, Entschädigung (Abs. 4) ... 272

§ 7 Stellungnahme der Beteiligten ... 273
A. Allgemeines ... 273
B. Beteiligung und Anhörung ... 273
I. Bekanntmachung ... 273
II. Beteiligte ... 273
III. Schriftliche Stellungnahme ... 274
IV. Mündliche Verhandlung ... 274
C. Rechtsfolgen unterbliebener Anhörung ... 275

§ 8 Gewährung von Mindestarbeitsentgelten ... 275
A. Allgemeines ... 275
B. Bindungswirkung von Mindestarbeitsentgelten (§ 8 Abs. 1) ... 275
C. Verdrängung niedriger tariflicher Entgelte (§ 8 Abs. 2) ... 276
D. Sicherung der Ansprüche auf das Mindestarbeitsentgelt (§ 8 Abs. 3) ... 277

§ 9 Änderung und Aufhebung ... 277
A. Allgemeines ... 278
B. Verweisregelungen ... 278

§ 10 Geschäftsstelle ... 278
A. Allgemeines ... 279
B. Errichtung und Aufgabenstellung der Geschäftsstelle ... 279

beck-shop.de

Zweiter Abschnitt. Kontrolle und Durchsetzung durch staatliche Behörden

§ 11 Zuständigkeit ... 280
A. Allgemeines ... 280
B. Kontrollorgane ... 280

§ 12 Befugnisse der Behörden der Zollverwaltung und anderer Behörden ... 280
A. Allgemeines ... 280
B. Umfang der Prüfung ... 280
C. Prüfungen nach § 2 SchwarzArbG ... 281

§ 13 Meldepflicht ... 281
A. Allgemeines ... 282
B. Meldepflichten ... 282
C. Meldeverfahren ... 282
D. Versicherung des Arbeitgebers ... 282

§ 14 Erstellen und Bereithalten von Dokumenten ... 282
A. Allgemeines ... 283
B. Aufzeichnungspflichten ... 283
C. Bereithaltung der Unterlagen im Inland ... 283

§ 15 Zusammenarbeit der in- und ausländischen Behörden ... 283
A. Allgemeines ... 284
B. Unterrichtung der Finanzämter ... 284

§ 16 Aussschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge ... 284

§ 17 Zustellung ... 285

§ 18 Bußbeldvorschriften ... 285
A. Allgemeines ... 286
B. Ordnungswidrigkeitentatbestände ... 286
1. Tatbestand ... 286
a) § 18 Abs. 1 Nr. 1 ... 286
b) § 18 Abs. 1 Nr. 2 ... 286
c) § 18 Abs. 1 Nr. 3 ... 287
d) § 18 Abs. 1 Nr. 4 ... 287
e) § 18 Abs. 1 Nr. 5 ... 287
f) § 18 Abs. 1 Nr. 6 ... 287
g) § 18 Abs. 1 Nr. 7 ... 288
h) § 18 Abs. 1 Nr. 8 ... 288
i) § 18 Abs. 1 Nr. 9 ... 288
j) § 18 Abs. 2 ... 288
2. Rechtswidrigkeit ... 289
3. Verschulden ... 289
4. Täter ... 289
5. Versuch ... 290
6. Verjährung ... 290
C. Höhe der Sanktionen ... 290
D. Bußgeldverfahren ... 290
E Vollstreckung von Bußgeldbescheiden ... 291

Dritter Abschnitt. Schlussvorschriften

§ 19 Evaluation ... 291

beck-shop.de

Anhang

Teil I. Wesentliche im Arbeittnehmer-Entsendegesetz zitierte Gesetze und sonstige Vorschriften

Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz – SchwArbG) 293

Teil II. Weitere im Zusammenhang mit den AEntG relevante Vorschriften und Texte

1. Richtlinie 96/71 EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen 299
2. Verordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörde nach § 18 Absatz 6 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntGMeldestellV) 306
3. Verordnung über Meldepflichten nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (Arbeitnehmer-Entsendegesetz-Meldeverordnung – AEntGMeldV) 307

Stichwortverzeichnis 309